

Am Parlament vorbei

Schattenhaushalte. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen erlangen in jüngerer Zeit sogenannte Sondervermögen des Bundes eine zunehmende finanzpolitische Bedeutung. Auf diese Weise wurden 2010 etwa 50 Milliarden Euro ausgegeben. Der Bundeshaushalt selbst umfasst 307 Milliarden Euro.

Eigentlich tragen die Sondervermögen des Bundes ihren Namen zu Unrecht: Denn es handelt sich um Fonds, aus denen Ausgaben für unerwartete Ereignisse finanziert werden – wie die Wirtschaftskrise. Die Gelder werden dabei z.B. von bundeseigenen Banken zur Verfügung gestellt. Diesen Ausgaben stehen oft keine Einnahmen im gleichen Umfang gegenüber. Die dadurch auflaufenden Defizite versteckt die Regierung gerne in Schattenhaushalten, weil kein Politiker als der große Schuldenmacher dastehen möchte (Kasten).

Dabei geht es nicht um Kleinigkeiten: Die derzeitigen Sondervermögen des Bundes weisen ein Finanzierungsdefizit von 7,1 Milliarden Euro aus (Grafik).

Der Big Bang für den Bundeshaushalt kommt aber trotzdem – nur verzögert:

Wenn die Fonds wieder geschlossen werden, müssen Defizite in den Bundeshaushalt einfließen.

Dieser Mechanismus lässt sich gut an den Sonderhaushalten beobachten, die nach der Wiedervereinigung und zur Bewältigung der Finanz-

und Wirtschaftskrise ins Leben gerufen wurden:

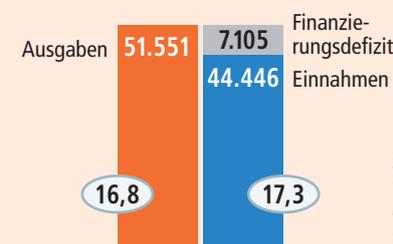
- **Anschubfinanzierung in den neuen Bundesländern.** Allein der Sonderfonds „Deutsche Einheit“ wies 1993 ein Volumen von 82,2 Milliarden Euro auf, was bereits 1994 zu einem Schuldenstand von rund 45 Milliarden Euro führte. Deren Tilgung wird den Bund, der ab 1. Januar 2005 die gesamten Schulden dieses Sondervermögens übernahm, bis 2019 voraussichtlich mit rund 2,5 Milliarden Euro pro Jahr belasten – die jetzt im Bundeshaushalt auftauchen.

Eine weitere Schuldenlawine löste der Erblastentilgungsfonds aus. In diesen hat die Bundesregierung 1995 die bis dahin aufgelaufenen Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt in Höhe von 105 Milliarden Euro sowie die Altverbindlichkeiten der ehemaligen ostdeutschen Wohnungsbaunternehmen in Höhe von 16 Milliarden Euro umgebucht. Die bis zum Jahr 1999 aufgetürmten Schulden von insgesamt 156 Milliarden Euro gingen ebenfalls zum großen Teil auf den Bund über. Der Löwenanteil →

Schattenhaushalte: Jeder sechste Euro wird extra abgewickelt

So viele Millionen Euro wickelte der Bund 2010 über Sonderfonds ab, die nicht wie der Bundeshaushalt vom Bundestag kontrolliert werden

○ in Prozent des regulären Haushalts



Ursprungsdaten: BMF

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 8

In dieser Woche

Brandenburg: Der Bevölkerungsrückgang macht dem Bundesland zu schaffen, denn mit weniger Köpfen sinken auch die Einnahmen.
Seite 3

Elektroindustrie: Das Wirtschaftswachstum in Deutschland geht vor allem auf technische Neuerungen der Elektroindustrie zurück.
Seite 4-5

Russland: Die Wirtschaft wächst wieder, doch die politischen Verhältnisse sorgen für Irritationen.
Seite 6

Wasser: Obwohl Deutschland ein wasserreiches Land ist, müssen Verbraucher hierzulande vergleichsweise viel für das Nass zahlen.
Seite 7

Talentmanagement: Für Unternehmen wird es immer wichtiger, das Potenzial der Mitarbeiter zu erkennen und nutzbar zu machen.
Seite 8

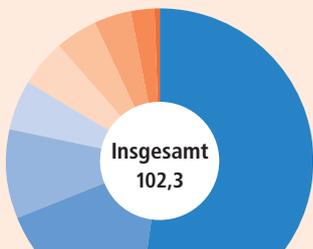
Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung: Garantien für faule Kredite

in Milliarden Euro



53,5	FMS Wertmanagement
17,0	HSH Nordbank
9,8	IKB Deutsche Industriebank
5,4	Sicherungseinrichtung deutscher Banken
5,0	Commerzbank
4,7	BayernLB
4,0	Aareal Bank
2,4	Düsseldorfer Hypothekbank
0,5	Corealcredit Bank

Stand: 16. Dezember 2010
Quelle: Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 8

Sondervermögen

Weder das Haushaltsgrundsätzegesetz noch die Bundeshaushaltsordnung enthalten eine exakte Definition, was Sondervermögen oder Nebenhaushalte sind. Allenfalls bietet der § 18 des Haushaltsgrundsätzegesetzes Hilfestellung: Demnach sind Sondervermögen des Bundes vom Zentralhaushalt mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Institutionen. Sie übernehmen besondere finanzpolitische Aufgaben im Auftrag und unter der Kontrolle des Staates – aber nicht des Parlaments, wie ansonsten üblich. Die Gelder stammen aus Steuern und Gebühren. Angefangen hat die Geschichte der Schattenhaushalte bereits 1949 mit dem Marshallplan – dem großen Wiederaufbauprogramm für die Bundesrepublik Deutschland. Es existiert bis heute unter dem Namen „ERP Sondervermögen“ Zuletzt wurden allerdings nur noch Mittel in Höhe von 456 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Weil die Gelder aus den laufenden Einnahmen gestemmt werden, weist dieser Schattenhaushalt kein Defizit aus.

→ dieser Schulden wurde inzwischen getilgt – mit Hilfe der Einnahmen aus der UMTS-Versteigerung und aus Bundesbankgewinnen.

• **Hilfsprogramme zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise.** Zwei Sonderfonds sind hier explizit zu nennen:

1. Investitions- und Tilgungsfonds (ITF). Aus dem im März 2009 gegründeten ITF wurden bislang 16,9 Milliarden Euro für Investitionen verteilt – darunter fällt auch die im Rahmen des Konjunkturpakets II bereitgestellte Abwrackprämie von insgesamt 5 Milliarden Euro; allein 10 Milliarden Euro aus dem Topf bekommen Kommunen und Länder für Zukunftsinvestitionen.

Die 2009 ausgewiesenen Schulden in Höhe von 6,1 Milliarden Euro sollen über Einnahmen aus dem Bundesbankgewinn sowie durch konjunkturbedingte Steuermehreinnahmen getilgt werden. Die erste Tilgungsrate haben die Frankfurter Banker 2010 überwiesen – 647 Millionen Euro (Grafik).

Gleichwohl erhöhte sich der Schuldenstand dieses Fonds 2010 um rund 6 Milliarden Euro, weil daraus die gesamten investiven Maßnahmen aus dem Konjunktur-

paket II in Höhe von 20,4 Milliarden Euro finanziert wurden.

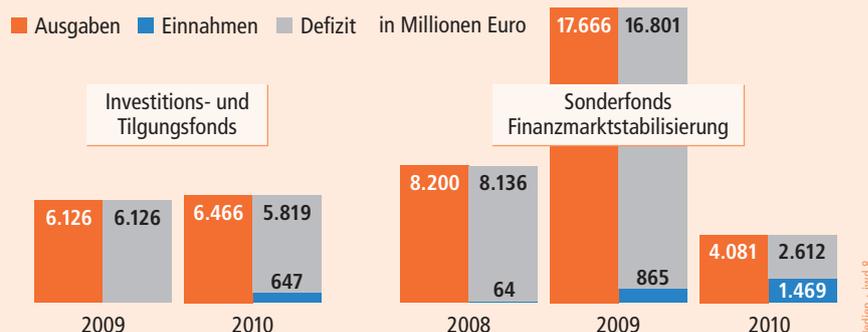
2. Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Im Oktober 2008 hat das Parlament unter Zeitdruck den SoFFin aus der Taufe gehoben. Um in Schieflage geratenen Finanzinstitutionen zu helfen, bekamen sie Eigenkapital zur Verfügung gestellt – oder es wurden Garantien für notleidende Kredite gegeben (Grafik). Sowohl für das Eigenkapital – falls das Unternehmen Gewinne macht – als auch für die Garantien werden Gebühren fällig.

Ab diesem Jahr werden die verliehenen Euros und Bürgschaften sukzessive wieder zurückgenommen. Ob am Ende der Steuerzahler für die Finanzierung von Ausfällen in Anspruch genommen werden muss, lässt sich gegenwärtig nicht endgültig beantworten. Denn wenn der SoFFin am Ende Staatsbeteiligungen an Kreditinstitutionen wie der Commerzbank zu einem guten Preis verkaufen kann, bleibt der Steuerzahler ungeschoren.

Kritiker monieren indes zu Recht, dass Sonderhaushalte gravierende Nachteile haben – vor allem verstoßen sie gegen das Recht des Parlaments, den Haushalt zu kontrollieren.

Krisenfonds: Versteckte Defizite

Zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise hat der Bund zwei Sonderfonds ins Leben gerufen



Investitions- und Tilgungsfonds: Mittel dienen vorrangig der Förderung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder; Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung: Eigenkapitalhilfen sowie Garantien für notleidende Banken; Ursprungsdaten: BMF

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 8

Leere Landschaften, leere Kassen

Brandenburg. Im Jahr 2020 tritt das Neuverschuldungsverbot für die Bundesländer in Kraft. Deshalb müssen Länder mit hoher Verschuldung wegen ihrer Zinslasten handeln. Gleiches gilt für Länder mit einem deutlichen Bevölkerungsrückgang wie beispielsweise Brandenburg – hier sinken die Einnahmen demografiebedingt.

Brandenburg hat zwei große Probleme: Das Bundesland ist mit gut 19 Milliarden Euro verschuldet, und es verliert Einwohner. In 20 Jahren dürften zwischen Uckermark und Oberspreewald 10 Prozent weniger Menschen leben als heute.

Diese Entwicklung zieht nicht nur leere Landschaften nach sich, sondern auch leere Kassen: Es fallen Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich weg und es schrumpfen die Steuereinnahmen. Denn viele Personen im Erwerbstätigenalter – besonders die jungen zwischen 19 und 30 Jahren – kehren Brandenburg seit geraumer Zeit den Rücken. Genau diese Menschen sind aber die Eltern von morgen, weswegen Brandenburg der Nachwuchs ausgeht.

Dieser demografische Wandel führt dazu, dass die gemeinschaftlichen Fixkosten – etwa für die Erhaltung der Infrastruktur – auf weniger Köpfe verteilt werden müssen.

Doch die Situation ist nicht ganz hoffnungslos: Denn weniger Einwohner bedeuten gleichzeitig auch weniger Aufwand: Wenn beispielsweise aus einer Straße ein Drittel der Bewohner wegzieht, muss das Müllauto zwar weiterhin die gesamte Straße abfahren. Die Mitarbeiter der Abfallentsorgung werden aber we-

Brandenburg: Weniger Bürger, weniger Staat, weniger Schulden

Durch einen Bevölkerungsrückgang brechen dem Bundesland auf der einen Seite Einnahmen weg, beispielsweise Steuereinnahmen. Auf der anderen Seite kann aber auch gespart werden: Weniger Einwohner bedeuten auch weniger Aufwand – bei der Müllentsorgung, Polizei, Kinderbetreuung etc.

Schuldenstand von Land und Gemeinden von 2009 bis 2030 in Millionen Euro, wenn

- keine Sparpotenziale der demografischen Entwicklung genutzt werden
- Sparpotenziale der demografischen Entwicklung genutzt werden

Ab 2011: Prognose; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und Landesamt für Bauen und Verkehr, Bundesministerium der Justiz



Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 8

niger Zeit für die Leerung der Mülltonnen benötigen. Solche Einsparpotenziale müssen die Etatplaner künftig stärker berücksichtigen.

Für Brandenburg sieht es im Einzelnen etwa so aus: Das Bruttoinlandsprodukt und die Pro-Kopf-Steuereinnahmen dürften bis 2030 nominal um 2 Prozent jährlich wachsen – dies entspricht etwa dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum in den zehn Jahren vor der Wirtschaftskrise. Demgegenüber stehen die schrumpfende Bevölkerungszahl, sinkende Steuereinnahmen und Zuweisungen. Unternimmt die Landesregierung nichts, steigt der gesamte Schuldenstand bis zum Jahr 2030 um 26 Prozent (Grafik).

Die Pro-Kopf-Verschuldung klettert wegen des Einwohnerrückgangs sogar um mehr als 40 Prozent.

Nutzt die Politik hingegen Einsparpotenziale, die der demografische Wandel mit sich bringt, könnte die Verschuldung im betrachteten Zeitraum um gut 32 Prozent sinken.

Doch wo soll der Rotstift angesetzt werden? Denn der Haushaltsdisziplin stehen notwendige Investitionen in die Attraktivität der Städte und Gemeinden gegenüber, damit nicht noch mehr Menschen wegziehen. Eine Befragung von Brandenburger Bürgermeistern durch die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH im Auftrag der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg zeigt daher auch zwei Seiten:

Die größte Zustimmung fanden mit mehr als 90 Prozent Kooperationen zwischen den Kommunen. Den Ausbau von Gesundheitsleistungen befürworten trotz damit einhergehender Kosten fast ebenso viele Bürgermeister.

Ein Drittel der Gemeinden plant, in den Bildungsbereich zu investieren, zum Beispiel in Kita-Plätze. Auch bei der Infrastruktur beabsichtigt fast die Hälfte der Bürgermeister einen Ausbau. Doch auch die Notwendigkeit zu sparen haben sie erkannt: Im Verwaltungsbereich plant mehr als ein Drittel einen Rückbau.

Der Fortschritts-Motor bleibt auf Touren

Elektroindustrie. Der technische Fortschritt trägt einen erheblichen Teil zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland bei. Vor allem die Elektroindustrie mit ihren mehr als 800.000 Beschäftigten liefert wichtige Innovationen. In den kommenden Jahren dürfte die Branche weiterhin eine Schlüsselrolle für das Wirtschaftswachstum spielen.*)

Die jüngste Finanzkrise hat wieder einmal gezeigt, wie besondere Entwicklungen kurzfristig auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) durchschlagen können. Auf längere Sicht prägen allerdings grundlegendere Faktoren den Trend der Wirtschaftsleistung: der Einsatz von Arbeitskräften, die Bildung von Kapital – etwa die Produktionsanlagen der Unternehmen, aber auch die öffentliche Infrastruktur – sowie der technische Fortschritt.

In welchem Maße diese Größen das BIP steuern, zeigt ein Blick auf

dessen Verlauf seit Mitte der 1980er Jahre (Grafik):

In der Bundesrepublik wuchs die reale Wirtschaft von 1985 bis 2007 jahresdurchschnittlich um 1,5 Prozent. Davon waren 1,1 Prozentpunkte – also fast drei Viertel – auf den Einfluss neuer Technologien zurückzuführen.

Weitere 0,6 Prozentpunkte resultierten aus einem zunehmenden Kapitaleinsatz. Dagegen hat das insgesamt rückläufige Arbeitsvolumen das jährliche Wirtschaftswachstum um 0,2 Prozentpunkte gebremst.

Allerdings blieb die Bedeutung dieser drei Einflussgrößen nicht die ganze Zeit konstant. Dies gilt vor allem für den Faktor Arbeit: In Konjunkturflauten – etwa 1992/93 sowie 2002/03 – bremste die rückläufige Beschäftigung die wirtschaftliche Entwicklung besonders stark ab. Dagegen hat die größere Flexibilität am Arbeitsmarkt seit 2004 dazu beigetragen, den anschließenden Aufschwung zu verstärken.

Die über viele Jahre hinweg eher schlechte Arbeitsmarktentwicklung erklärt auch im Wesentlichen die unterdurchschnittliche Wachstumsperformance Deutschlands im internationalen Vergleich. Hinzu kommt der ebenfalls relativ geringe Beitrag der Kapitalbildung. Dagegen fiel der technische Fortschritt in der Bundesrepublik nicht wesentlich langsamer aus als in manch wachstumsstärkerem Industrieland.

Generell waren neues Know-how und innovative Technologien aber auch anderswo ein starker Wachstumstreiber:

Im Schnitt von zehn betrachteten Staaten trug der technische Fortschritt knapp die Hälfte zur Steigerung der Wirtschaftsleistung bei.

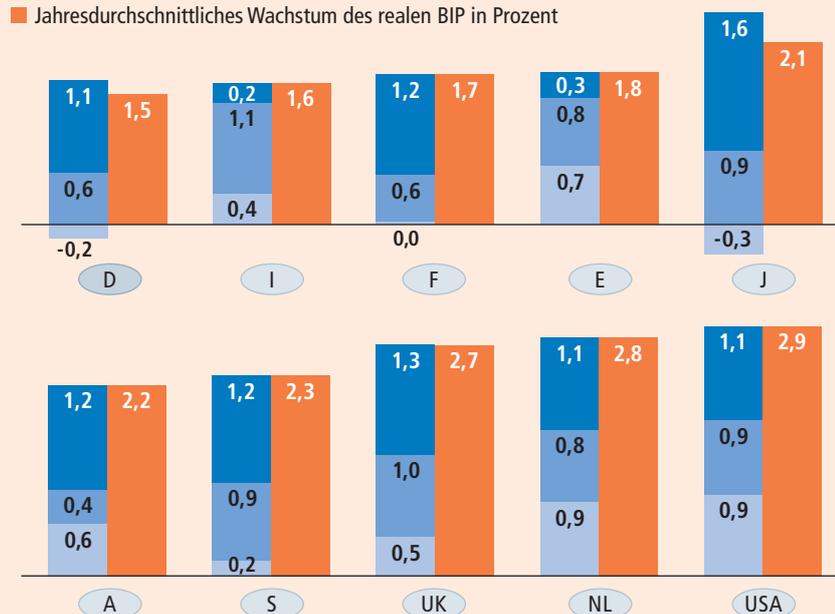
Für mehr als ein Drittel des BIP-Zuwachses war der gestiegene Kapitaleinsatz verantwortlich, das verbleibende Sechstel ging auf das Konto des höheren Arbeitsvolumens.

Wenn nun aber gerade in Deutschland zusätzliches Kapital und der permanente technische Fortschritt

Technischer Fortschritt treibt Wachstum an

Das im Zeitraum 1985 bis 2007 erzielte jahresdurchschnittliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts geht auf diese Faktoren zurück

■ Veränderung des Arbeitsvolumens ■ Höherer Kapitaleinsatz ■ Technischer Fortschritt
■ Jahresdurchschnittliches Wachstum des realen BIP in Prozent



Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 8

*) Vgl. Andreas Gontermann, Michael Grömling: Die deutsche Elektroindustrie – Schlüsselbranche für Innovationen und Wachstum, IW-Analysen Nr. 68, Köln 2011, 72 Seiten, 18,90 Euro. Bestellung über Fax 0221 4981-445 oder unter www.iwmedien.de

Elektroindustrie: Ohne sie läuft nichts

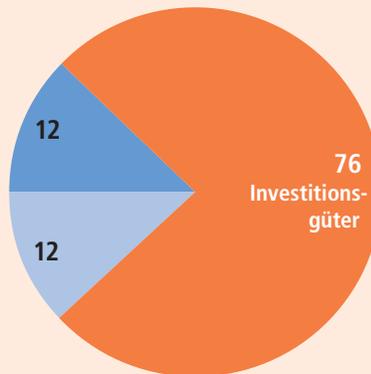
So viel Prozent des Umsatzes der deutschen Elektroindustrie im Jahr 2009 entfielen auf diese Güter

Gebrauchsgüter

Hausgeräte	6
Licht	3
Unterhaltungselektronik	3

Vorleistungsgüter

Bauelemente	12
-------------	----



Automation: u.a. Messtechnik, Schaltanlagen und elektrische Antriebe
Quellen: Statistisches Bundesamt, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie

Automation	25
Energietechnik	7
Medizintechnik	5
Fahrzeugtechnik	4
Informationstechnologie (Computer, periphere Geräte)	4
Installationstechnik	3
Kabel/Drähte	3
Kommunikationstechnologie (Handys, Vermittlungseinrichtungen)	3
Schienenfahrzeuge	3
Batterien	1
Elektrowerkzeuge	1
Sonstige Güter	17

Die Elektroindustrie in Zahlen

Die Branche zählt hierzulande rund 4.000 Unternehmen mit 20 oder mehr Mitarbeitern. Im Jahr 2009 erzielten die Firmen mit ihren insgesamt 810.000 Beschäftigten einen Umsatz von 145 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor hatte die Elektroindustrie sogar 182 Milliarden Euro umgesetzt.

Wichtigste Umsatzbringer sind Investitionsgüter, allen voran Produkte aus dem Bereich der Automation mit einem Umsatzanteil von 25 Prozent, aber auch Konsumgüter wie Haushaltsgeräte sowie Bauelemente.

Dabei hat das Auslandsgeschäft für die Elektroindustrie eine große Bedeutung: Einschließlich der Vorerzeugnisse, die in Exportgütern anderer Branchen stecken, erreichten die Ausfuhren 2009 ein Volumen von 122 Milliarden Euro – ein Achtel des deutschen Gesamtexports. Höhere Ausfuhrwerte erzielten zuletzt nur die chinesische und die US-amerikanische Elektroindustrie.

den Wirtschaftsmotor beschleunigen, stellt sich die Frage: Welche Bereiche und Technologien sind letztlich die treibenden Kräfte?

Die Suche nach einer Antwort führt zur Elektroindustrie – einer der Schlüsselbranchen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland (Kasten/Grafik). In den zurückliegenden Jahren war sie für das Wirtschaftswachstum gleich doppelt wichtig:

- **Informationstechnologie hat wesentlich zur Kapitalbildung beigetragen.** Von der Elektroindustrie hergestellte Computersysteme, neue Telekommunikationsanlagen etc. sind für die Wirtschaft immer wichtiger geworden. Kein Wunder also, dass Investitionen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre fast die Hälfte des gesamten Wachstumsbeitrags der Kapitalbildung ausgemacht haben. In den USA, Belgien und Schweden betrug dieser Anteil sogar mehr als 60 Prozent. Besonders groß war der Wachstumsschub zwischen 1995 und 2000; doch auch seit 2005 setzen informations- und kommunikationstechnologische Güter wieder verstärkt Wachstumsimpulse.

- **Technischer Fortschritt in der Elektroindustrie lässt Wirtschaft wachsen.** Der Informations- und Kommunikationstechnologiesektor war in den vergangenen Jahren von rasanten Neuerungen geprägt – so verdoppelte sich etwa die Zahl der Transistoren in einem Computerchip alle 18 bis 24 Monate. Dies sorgte auch gesamtwirtschaftlich für zusätzliche Dynamik.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre resultierte knapp ein Drittel des Wirtschaftswachstums in Deutschland aus den in der Elektroindustrie erzielten Produktivitätsfortschritten.

In den Jahren danach war der Beitrag deutlich geringer, doch im Aufschwung ab dem Jahr 2005 haben die neuen Technologien der Elektrobranche das BIP offenbar wieder stärker gesteigert.

Mehrere langfristige Trends sprechen außerdem dafür, dass die Elektroindustrie auch künftig eine zentrale Rolle für das heimische Wirtschaftswachstum spielen wird. Hier drei Beispiele:

Erstens lässt der demografische Wandel die Nachfrage nach innovativer Medizintechnik und IT-Systemen steigen, die zu den Bestandtei-

len einer vernetzten Gesundheitsinfrastruktur gehören.

Zweitens führen die klimatischen und gesellschaftlichen Veränderungen dazu, dass der Markt für Elektro- oder Hybridfahrzeuge sukzessive größer wird – das verspricht Wachstumschancen für die Elektroindustrie etwa in den Bereichen Elektromotoren, leistungsstarke Batterien und Ausrüstungen für Ladestationen.

Drittens erfordert der zunehmende globale Bedarf an elektrischer Energie neue, vernetzte Lösungen zur Stromerzeugung und -verteilung. Zu den Grundelementen eines solchen „smart grid“ gehören eine intelligente Infrastruktur und moderne Stromzähler – beides stellen die Unternehmen der Elektroindustrie bereit.

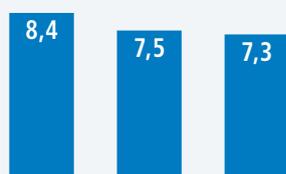
Russland: Stabiles Wachstum, steigende Preise

2009 2010 2011

Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP)
Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent



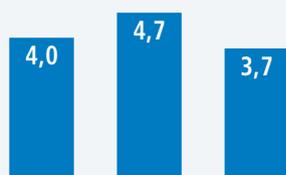
Arbeitslosenquote
in Prozent



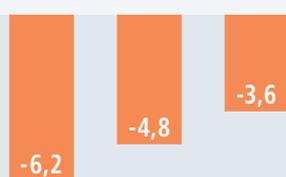
Verbraucherpreise
Veränderung gegenüber Vorjahr
in Prozent



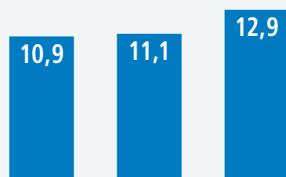
Leistungsbilanzsaldo
in Prozent des BIP



Haushaltssaldo
in Prozent des BIP



Schuldenstand
in Prozent des BIP



2010, 2011: Prognose
Quelle: Internationaler
Währungsfonds

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IWD Medien - Iwd 8

Aufschwung mit Fragezeichen

Russland. Die russische Wirtschaft wächst wieder. Doch die politischen Verhältnisse, die hohe Inflation sowie die Tatsache, dass es außer Gas und Öl keinerlei nennenswerte Exportgüter gibt, bergen auch Gefahren.

Dmitri Medwedew, der russische Präsident, hat die Probleme seines Landes vor kurzem beim Weltwirtschaftsforum in Davos selbst benannt: Es gebe Mängel bei den demokratischen Prozessen, im Rechts- und Sozialwesen sowie bei der Einhaltung der Menschenrechte.

In der Tat tut sich die Russische Föderation schwer damit, ein marktwirtschaftliches System nach westlichem Vorbild durchzusetzen. Hauptursache dafür ist, dass Russland trotz eines Mehrparteiensystems nach wie vor von einem Staatsregiment gelenkt wird, das zudem über große Teile der Wirtschaft wacht. Allein die Stadt Moskau ist an rund 400 Unternehmen beteiligt, darunter Banken, Versicherungen und Hotels.

Trotz dieser strukturellen Probleme entwickelte sich die russische Wirtschaft beachtlich (Grafik):

Zwischen 2000 und 2010 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um jahresdurchschnittlich annähernd 5 Prozent – das Krisenjahr 2009 mit eingerechnet, in dem die Wirtschaftsleistung um fast 8 Prozent sank.

Auch aktuell sehen die Wirtschaftsdaten recht gut aus: Das reale BIP dürfte 2010 um knapp 4 Prozent zugelegt haben, 2011 sind sogar 4,5 Prozent zu erwarten.

Wie sich Russlands Wirtschaft künftig entwickelt, hängt unter an-

derem auch von den folgenden Faktoren ab:

1. Die hohe Inflation macht den Russen zu schaffen: Seit dem Jahr 2000 kletterten die Preise im Schnitt um 12,5 Prozent pro Jahr. Zuletzt verringerte sich die Geldentwertung zwar, doch auch in diesem Jahr dürfte sich der Preisanstieg zwischen 7 und 8 Prozent bewegen. Vor allem die Lebensmittelpreise heizten den jüngsten Preisauftrieb an. Tröstlich ist, dass laut OECD auch die Reallohne in Russland steigen.

2. Der Staatshaushalt ist im Vergleich zu europäischen Verhältnissen in einer properen Verfassung: Der Schuldenstand Russlands dürfte sich im vergangenen Jahr gerade einmal bei mageren 11 Prozent des BIP eingependelt haben, für das laufende Jahr werden knapp 13 Prozent erwartet. Die öffentlichen Haushalte profitierten in den vergangenen Jahren vor allem von den sprudelnden Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft. Der Markt für Erdgas ist allerdings in Bewegung, denn die USA erschließen bereits im großen Stil unkonventionelle Gasreserven aus Schiefergestein: Die Vereinigten Staaten haben Russland inzwischen sogar als größten Erdgasproduzenten abgelöst.

3. Die Privatisierung von Staatsbetrieben soll vorangetrieben werden – allerdings stehen keine kompletten Unternehmen zum Verkauf, sondern nur Aktienpakete. Dabei setzt man vor allem auf ausländische Investoren, die sich nicht nur finanziell engagieren, sondern auch dringend benötigtes Know-how ins Land transferieren.

Teures Nass

Wasser. Es gehört zu den wichtigsten Elementen des Lebens – daher wird Wasser in Deutschland so streng kontrolliert wie kein anderes Lebensmittel. Aber das kühle Nass hat seinen Preis. Im Vergleich von 27 wichtigen Industrieländern gibt es nur zwei, in denen Wasser teurer ist als hierzulande.

Wasser gibt es in Deutschland reichlich. Zwischen Ostsee und Alpen ist genug vorhanden, sodass sich keiner Sorgen um das tägliche Trinken, Duschen oder Reinigen machen muss. Und nicht nur die Versorgung ist vorbildlich, auch die Qualität ist so gut gesichert wie bei kaum einem anderen Gut.

Gleichzeitig ist Wasser in Deutschland aber besonders teuer. Sowohl für die Frischwasserversorgung als auch für die Abwässer muss viel gezahlt werden. Ein Wasserkostenvergleich in Großstädten von 27 Ländern zeigt deutlich, dass die Bundesrepublik zu den teuersten Standorten zählt (Grafik).

Im Jahr 2009 musste ein Haushalt in Deutschland für die Versorgung mit 100 Kubikmetern Wasser und die Entsorgung des Abwassers 437 Euro aufwenden.

In anderen Ländern ist es schwieriger, das Wasser zum Gebrauch aufzubereiten, dennoch sind die Preise dort deutlich niedriger. Nur in Dänemark ist Wasser deutlich teurer. Hier zahlt ein Haushalt für 100 Kubikmeter über 640 Euro. In der Schweiz ist das Nass praktisch genau so teuer wie in Deutschland, in den Niederlanden etwas günstiger. In Frankreich oder Österreich zahlt man etwa 100 Euro weniger für das-

selbe Volumen; in Spanien oder den USA ist es nicht einmal die Hälfte.

Für die Preisunterschiede gibt es mehrere Gründe:

- **Steuern:** In Deutschland werden keine hohen Steuern auf Wasser fällig wie in Dänemark und der Schweiz. So schrumpft der Abstand von Deutschland zu Dänemark um zwei Drittel, würde man die Steuern rausrechnen. Die Schweizer Wasserpreise sind ohne Steueraufschläge sogar niedriger als die deutschen.

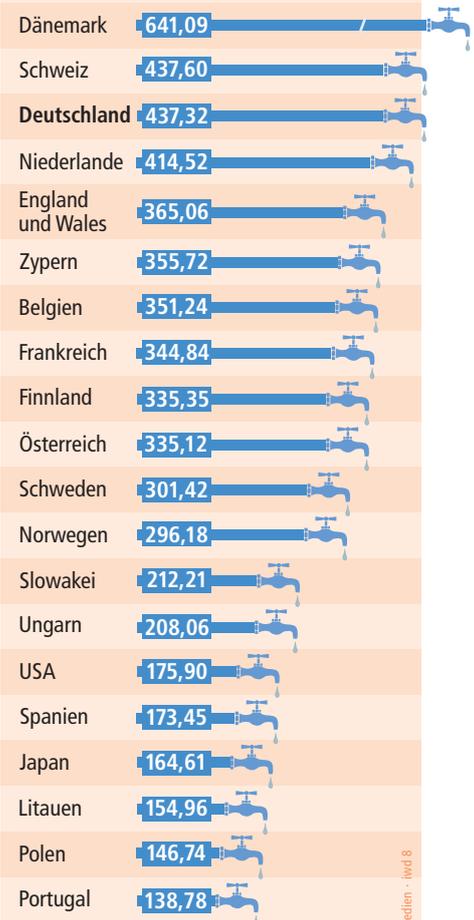
- **Finanzierung:** Statt in Investitionen z.B. für eine effizientere Bewirtschaftung fließen in Deutschland manche Gewinne aus der Wasserversorgung in die Finanzierung anderer kommunaler Aufgaben wie etwa den öffentlichen Personennahverkehr. In anderen Ländern hingegen ist nicht sicher, ob die Preise wirklich kostendeckend sind oder nicht doch subventioniert werden.

- **Strukturen:** In Deutschland gibt es rund 6.000 Wasserunternehmen. Kostensparende Größenvorteile können so nicht genutzt werden.

- **Fehlender Wettbewerb:** Konkurrenz trägt normalerweise dazu bei, Produkte nach Kundenwunsch zu möglichst geringen Preisen anzubieten. Auch im Wassermarkt ist ein Wettbewerb zwischen den Anbietern möglich – in Deutschland ist dies aber kaum der Fall, trotz der Vielzahl an Versorgungsunternehmen. So wurde zum Beispiel der Versuch, privatrechtliche Wasserversorger der hessischen Kommunen von den Kartellbehörden kontrollieren zu lassen, durch eine Verstaatlichung der Unternehmen ausgehebelt. Die Monopole bestehen daher weiter.

Wasserpreise: Hohe Kosten für deutsche Haushalte

So viel mussten private Abnehmer 2009 in Großstädten dieser Länder für Frischwasser und Abwasser bei einem Verbrauch von 100 Kubikmetern zahlen, in Euro



Ursprungsdaten: EZB, International Water Association

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - IWD 8

Wettbewerb um Wasser

Mehr Wettbewerb käme beispielsweise zustande, wenn eine Regulierungsbehörde Preise vergleichbar macht, dabei auf eine effiziente Versorgung achtet und regelmäßig einen Benchmark-Preis festlegt. Versorgungsunternehmen, die effizienter und dennoch billiger anbieten würden, könnten die Differenz zum höheren Preis somit behalten. Damit entstünden Anreize zur höheren Effizienz – und letztlich zu sinkenden Preisen. Im Telekommunikations- und Energiesektor gibt es bereits eine solche Behörde: die Bundesnetzagentur.

Finden, fördern, festhalten

Talentmanagement. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland zwingt die Unternehmen, neue Strategien bei der Nachwuchsrekrutierung zu entwickeln. So dürfte die Talentsuche im eigenen Betrieb an Bedeutung gewinnen.

Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah? Dieses Credo haben die meisten Personalverantwortlichen bereits verinnerlicht, wie die Kienbaum-Unternehmensberatung herausgefunden hat:

Von allen Personalthemen räumen die deutschsprachigen Unternehmen dem Talentmanagement die höchste Priorität ein – noch vor der Besetzung von Schlüsselpositionen.

Kein Wunder: Wer vorhandene Talente identifiziert und fördert, macht sich vom externen Arbeitsmarkt ein Stück weit unabhängig. Außerdem bietet das interne Talentmanagement Einsparpotenziale: Weil weniger Rekrutierungskosten anfallen und weil sowohl die Mitarbeitermo-

Personalpolitik: Talenten auf der Spur

So viel Prozent der Personalverantwortlichen ermitteln die Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter anhand von/der ...

	Großunternehmen (ab 1.000 Mitarbeiter)	Mittlere Unternehmen (50-999 Mitarbeiter)	Kleine Unternehmen (bis 49 Mitarbeiter)
jährlichen Mitarbeitergesprächen	92	76	62
strukturierten Leistungsbeurteilungen	72	46	43
persönlichen Empfehlungen	53	49	24
Sonstigem, z. B. Potenzialanalyse, Überprüfung von Zielvereinbarungen	14	10	8
Dauer der Betriebszugehörigkeit	6	9	7

Mehrfachnennungen; Befragung von 223 Unternehmen von September bis November 2009
Quelle: FOM Hochschule für Oekonomie & Management

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 iw Medien - iwdb

tivation als auch die Mitarbeiterbindung steigen, wenn sich innerbetriebliche Karriereperspektiven eröffnen.

So weit die Theorie. In der Praxis steckt das Talentmanagement nämlich noch in den Kinderschuhen, wie die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers festgestellt haben:

Es existiert ein völlig unausgewogenes Verhältnis zwischen externer Rekrutierung, in das die Unternehmen 87 Prozent ihrer Energie im Rahmen der Personalsuche stecken, und interner Entwicklung, für die nur 13 Prozent aufgewendet werden.

Außerdem kommen beim betrieblichen Talentscouting noch vergleichsweise wenige Frauen zum Zug – von vier „Entdeckungen“ ist im Schnitt nur eine weiblich.

Erfolgreiches Talentmanagement ist in erster Linie eine Führungskräftekompetenz. Doch die Chefs haben oftmals gar nicht das nötige Rüstzeug: Nur 38 Prozent der Unternehmen schulen ihre Vorgesetzten auf diesem Feld; und lediglich 24 Prozent der Betriebe verpflichten ihre Führungskräfte mittels Zielvereinbarungen zum Talentmanagement.

Generell ist die Talentsuche in großen Betrieben weiter verbreitet als in mittelständischen und kleinen (Grafik). Die meisten Firmen machen die brachliegenden Fähigkeiten demnach im Rahmen von Mitarbeitergesprächen und Leistungsbeurteilungen ausfindig.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentz: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln, **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.